



Evangelische Arbeitnehmerschaft im  
Bereich der Ev. Landeskirche in Baden e.V.



KIRCHLICHER DIENST IN DER ARBEITSWELT  
DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE IN BADEN

Informationsbrief Evangelische Arbeitnehmerschaft Baden e.V. - Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
Nr. 3/2011 - Monat Dezember 2011

## "Verantwortlich handeln"

Das ist eine bekannte, berühmte und oft zitierte Jesus-Geschichte: Die Geschichte von dem Mann, der Jesus fragt, wie er ewiges Leben gewinnen kann. Und Jesus antwortet: Er soll allen Besitz den Armen geben. Und der Mann entfernt sich betrübt. Und dann folgt das Jesuswort, das jeder kennt: „Leichter geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass ein Reicher ins Reich Gottes kommt.“ Markus 10, 17-27

Kaum ein biblischer Vers wurde von den Theologen so oft hin und her interpretiert wie dieser. Und meist war dabei die Absicht, das Nadelöhr künstlich größer zu machen. Es gibt daran nichts herumzudeuteln. Jesus sagt ganz drastisch: Reiche kommen nicht ins Reich Gottes, wenn sie sich nicht von ihrem Reichtum lösen.

In Deutschland leben heute über eine Million Millionäre mit einem Gesamtvermögen von etwa 2,5 Billionen Euro. Nur die Hälfte davon würde ausreichen für eine Super-Luxus-Euro-Rettung, über die heute unter den europäischen Staatschefs in Brüssel beraten wird. Die denken aber gar nicht daran, über dieses Geld zu sprechen, sondern sie sprechen ausschließlich über das Geld aller Steuerzahler. So gibt man den Reichen auch weiterhin keine Chance: Der Zugang zum Reich Gottes bleibt ihnen verwehrt.

Aber sie leben gut damit: Sie können ihre Kinder auf elitäre Internate schicken und an den namhaftesten Universitäten ausbilden lassen. Sie können auf den exotischsten und spektakulärsten Inseln der Welt Urlaub machen, in den herrlichsten, bestens gelegenen Villen wohnen und zu Opernaufführungen in einmaliger Starbesetzung mal schnell auf einen anderen Kontinent jetten. Das erklärte Ziel vieler Menschen ist es darum, auch einmal so reich zu werden.

So haben Geld und Besitz unsere Welt fest im Griff. Doch es regt sich Widerstand gegen die

Geldökonomie der wenigen Gewinner und der vielen Verlierer. Vor einigen Wochen begannen in New York einige Menschen unter der Parole „Occupy Wall Street!“ damit, die Börsen und Banken und ihre dubiosen und spekulativen Geschäfte anzugreifen. „Wir sind 99%“ nennt sich die Bewegung. 1% der Amerikaner besitzen 40% des Volksvermögens. 99% haben seit 2008 vieles oder alles verloren. Und die Occupy-Wall Street-Bewegung hat sich inzwischen ausgeweitet: Auch in Deutschland sind in über 20 Städten Menschen unterwegs, die den Politikern zurufen: „Ihr repräsentiert uns nicht!“ oder: „Börsen und Banken: in die Schranken!“

Ja, vor drei Jahren waren es die Banken, die ins Taumeln gerieten. Tausende von Anlegern und Sparern standen plötzlich vor großen Verlusten. Man versuchte, uns vor drei Jahren das Desaster zu erklären: Die Banker hätten selbst nicht mehr verstanden, was sie da eigentlich verkaufen. Und immer wieder fiel ein Wort, es fehlte in kaum einem Presseartikel: Das Wort Gier.

Habgier gehörte im Mittelalter zu den Todsünden. Gier geht über normales Gewinnstreben hinaus. Gier nimmt keine Rücksicht. Gier geht über Leichen. Hat die Gier in den Köpfen von einigen wenigen Akteuren tatsächlich die ganze Finanzwelt und die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt und zieht nun in der Folge ganze Staaten hinunter? Dauerkrise in Griechenland. Herabstufung der Kreditwürdigkeit Irlands, Italiens und Portugals: Es geht wohl ein Jahr nach Ausbruch der Eurokrise in die nächste Runde: Einzelne Staaten geraten zu Spielbällen der Finanzmärkte und jagen die Regierungschefs von einem Krisentreffen zum nächsten. ....

Ich möchte eine zweite Geschichte der Bibel zitieren. Es ist eine Geschichte, die Jesus erzählt und der Evangelist Lukas hat sie uns überliefert: Das Gleichnis vom reichen Kornbauern. Dieser galiläische Großbauer wird

vorgestellt sozusagen als Prototyp eines habgierigen Menschen. Der Evangelist Lukas ordnet das Gleichnis an hinter dem Jesuswort „Hütet euch vor aller Habgier“. Das ist die Überschrift über diesem Gleichnis. Lukas 12, 15-21: ....

Wenn man das Gleichnis hört, kann darin von Gier eigentlich gar keine Rede sein. Ja, der Mann hatte eine Rekordernte eingefahren und wusste nicht, wohin mit dem Weizen. Also beschloss er, größere Scheunen zu bauen. Eigentlich eine ziemlich normale unternehmerische Entscheidung. Eine Entscheidung für die Vorratswirtschaft, die ein bequemes Leben auf Jahre hinaus sichern sollte. Nur eines hatte der Bauer nicht bedacht, nämlich, dass sein Leben begrenzt ist und er noch in der Nacht sterben würde. Aber ist das nicht ganz normal? Können wir überhaupt vernünftige Entscheidungen treffen, wenn wir uns jeweils vor Augen führen, dass wir vielleicht schon am nächsten Tage tot sind? Niemand würde doch noch ein Haus bauen oder ein Auto kaufen, nicht einmal ein Fahrrad.

Aber welche Alternative hätte der reiche Kornbauer gehabt? Ganz einfach: Er hätte sein Korn auf den Märkten verkaufen können. Genau dies hat er aber nicht getan und hier steckt das Problem. Weizen war das Hauptnahrungsmittel in neutestamentlicher Zeit und je nachdem, wie die Ernten ausfielen, schwankte der Weizenpreis kräftig. Je knapper ein Gut am Markt, desto stärker steigt der Preis.

Dieses Marktgesetz galt damals so wie heute. Nach einer guten Ernte war mit geringen Preisen zu rechnen. Wenn der Kornbauer also sein Korn verkaufte, bekam er nur wenig Geld dafür. Die neuen Scheunen würden aber dafür sorgen, dass er auch im nächsten Jahr Weizen verkaufen konnte. Wenn dann vielleicht die Preise steigen, würde er ein gutes Geschäft machen.

Das ist die Logik und der Mechanismus des Marktes. Und der Bau größerer Scheunen folgt der Marktlogik. Heutzutage nennt man das ein Warentermingeschäft. Dabei sind die Märkte heute natürlich ein bisschen komplexer geworden. Für die Nahrungsmittel bilden sich die Preise weltweit an entsprechenden Börsen. Da können auch schon mal die Preise so sehr nach oben rutschen, dass dabei noch mehr Menschen verhungern.

Doch zurück zum biblischen Kornbauern. War er nun ein Narr, wie es uns Lukas erzählt oder war er ein schlauer Spekulant? Wahrscheinlich ist beides richtig. Er traf eine vernünftige marktkonforme Entscheidung und war

trotzdem ein Narr, weil er sich bereits über einen Gewinn freute, den er noch gar nicht erzielt hatte. Und vor allem: die Folgen seines Tuns kümmerten ihn kein bisschen. Denn sein Korn in den Scheunen konnte niemanden satt machen. Er nahm einfach das wichtigste Nahrungsmittel vom Markt, spekulierte damit und entzog es denen, die diese Nahrung brauchten. Denn das gehört auch zur Logik des Marktes: Er ist blind für die sozialen Folgen, die er anrichtet.

So wie die Akteure an den internationalen Finanzmärkten blind sind für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen ihrer Anlagepolitik und ihrer riskanten Zockerei. Die Geschichte vom reichen Kornbauern lehrt uns, dass eine ungebremste Ökonomie der freien Märkte das Leben der Menschen nicht sichern kann. Die zuverlässige Versorgung mit lebenswichtigen Gütern hingegen muss das Ziel des Wirtschaftens sein. Dagegen zieht die Logik des Marktes in den Abgrund: Erst die Banken, dann ganze Staaten. Und keiner weiß, wohin Finanzkrise und Eurokrise noch führen.

Als Jesus sein Wort vom Kamel und dem Nadelöhr sagte, entsetzten sich die Jünger und fragten: „Wer kann dann selig werden?“ Und Jesus sprach: „Bei den Menschen ist's unmöglich, aber nicht bei Gott; denn alle Dinge sind möglich bei Gott.“

Nichts ist sicher, auch nicht alles Geld und Gut der Welt. Aber wir können der Angst unsere Solidarität und unsere Hoffnung entgegensetzen...

Auch wir brauchen die Ermutigung zur Hoffnung. Dietrich Bonhoeffer hat seinen Glauben daran so formuliert: „Ich glaube, dass Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen. ... In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein.“

Gekürzte Fassung der Predigt, gehalten bei der ean Tagung: Solidarität ohne mich, am 23.10.11 in Bad Herrenalb.

*Martin Huhn*, Industrie- und Sozialpfarrer i. R., Mannheim

## Bericht aus der Landesleitung

*Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ean-Gruppen, liebe ean Mitglieder und liebe ean Unterstützer.*

Gerechtigkeit und soziale Gesellschaft war in diesem Jahr nicht nur bei unseren Veranstaltungen ein wichtiges Thema, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Auch die Umwälzungen in den Mittelmeerstaaten waren vom Wunsch nach Gerechtigkeit und Freiheit geprägt. Die ean hat in vielen Veranstaltungen und Aktionen ihren Beitrag für eine solidarische und soziale Gesellschaft geleistet. Sie wirkte mit bei der „Allianz für den freien Sonntag“, „Aktionsbündnis gegen die Kopfpauschale“ und nahm mit der ACA (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmervverbände) an den Sozialwahlen teil. Hier wurden bei den Sozialwahlen doch gute Ergebnis erzielt und einige Kollegen in die Selbstverwaltungsorgane gewählt. Andere wurden als ehrenamtliche Richter in Sozial- oder Arbeitsgerichte berufen. Eine wichtige Tagung war unsere Landestagung zum Thema „Solidarität“.

Fazit: Solidarität ist wichtiger denn je! (Referate bei der ean Geschäftsstelle erhältlich)

Viel Engagement wurde investiert in die „Südbadischen Sozialtage“, die gemeinsam von ean, KAB, KDA und Arbeitnehmerseelsorge vorbereitet und veranstaltet wurden. Die ean und der KDA hatte vier Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt. Die Berichte können auf den Innenseiten gelesen werden.

Diese Jahr wurden auch wieder der Vorstand und die Landesleitung neu gewählt. Der Vorstand gab einen umfassenden Bericht ab. Die vielfältigen Aktivitäten sind beeindruckend und Ermutigung zugleich, die ean Arbeit zu unterstützen und zu fördern. Besonders nachwirkend war ja der Antrag zu dem „Verhalten von Coca-Cola“ in Asien und Südamerika, der zu einer Fachtagung dieses Jahr in der Landessynode führte. Genannt wurden in dem Bericht auch unsere Tagungen, die doch oft sehr aktuell sind, wie die Themen Europa, Bildung, Arbeit etc. Nicht unerwähnt blieben auch die interessanten Abendveranstaltungen und die Radtouren. Nach einer Aussprache und der Entlastung wurden ein neuer Vorstand und die Landesleitung gewählt. (Siehe Bericht)  
Der neue Vorstand wird die Arbeit der ean weiter fördern und neue Möglichkeiten und Formen der Aktivitäten überlegen.

Wir wünschen allen Lesern, ean Mitgliedern und Förderern eine gesegnete Zeit und ein gutes neues Jahr.

*Wilhelm Rojek, 1. Vors. der ean  
Siegfried Aulich, ean Geschäftsführer*

### Inhaltsverzeichnis

#### Thema:

1. *Verantwortlich Handeln*
2. *Verantwortlich Handeln*
3. *Bericht aus der Landesleitung / Inhalt*
4. *ean vor Ort, Auftanken für die Seele*
5. *ean vor Ort, Solidarität ohne mich?*
6. *ean vor Ort, Solidarität ohne mich?*
7. *ean vor Ort, Solidarität ohne mich?*
8. *ean vor Ort, Normalität...*
9. *ean vor Ort, Neubeginn, Tagungen...*
10. *ean vor Ort, Herbsttagung Freiburg*
11. *ean vor Ort, Seniorentagung Weltreligionen*
12. *Infos*
13. *Infos*
14. *Kirche und Gesellschaft / Soz. Europa*
15. *Kirche und Gesellschaft / Arbeitswelt...*
16. *Kirche und Gesellschaft / Gründungs...*
17. *Kirche und Gesellschaft / Gründungs...*
18. *KDA / Den Armen Recht verschaffen*
19. *KDA / Den Armen Recht verschaffen*
20. *Ökumene / Sozialtage in Südbaden usw.*
21. *Ökumene / Sozialtage in Südbaden usw.*
22. *Wir bieten an, Impressum*
23. *Weihnachtsgedichte*

# ean vor Ort

## Auftanken für die Seele

ean Arbeitskreis „Familie und Gesellschaft“ auf dem Kapellenpilgerweg

Es hat schon Tradition, dass unser Arbeitskreis am letzten Wochenende in den großen Ferien die Wanderstiefel schnürt. Am 11. September 2011 fand die Pilgerwanderung vom letzten Jahr ihre Fortsetzung.

*Pfarrer i. R. Norbert Unkrich* empfing uns am Deutschen Weintor in Schweigen-Rechtenbach und führte uns bei bestem Wetter zu einem lauschigen Lokal in den Weinbergen — für eine kurze Andacht im Freien der richtige Zeitpunkt und der richtige Ort. Nach einigen Pilgermetern befanden wir uns auf französischem Boden und – was es doch alles gibt – trotzdem in deutschen Weinbergen. *Pfarrer Unkrich* erklärte uns, dass die Pfälzer Winzer nach dem 2. Weltkrieg ihre eigenen Weinberge zurückkaufen mussten. Ob das heute noch von großer Bedeutung ist, lässt sich nicht beurteilen. Jedenfalls hatten wir es nicht gemerkt, als wir uns plötzlich im Elsass befanden; die Vögel zwitscherten in einer uns vertrauten Sprache. Apropos Sprache: *Pfarrer Unkrich* hatte uns nahe gelegt, für eine befristete Zeit auf Unterhaltung zu verzichten; für kommunikative ean-ler eine übermenschliche Anstrengung.

Bei einem Imbiss auf dem Wall des Stadtgrabens von Wissembourg hatten wir einen schönen Blick auf die Evang. Kirche St. Johann, wo der Reformator Martin Bucer (1491-1551) gewirkt hatte. Beim anschließenden Rundgang durch die Altstadt warfen wir jeweils einen kurzen Blick in die gotischen Kirchen Saint Jean und Saints-Pierre-et Paul und ließen uns vom Flair der kleinen elsässischen Stadt an der Lauter verzaubern.

Dunkle Wolken veranlassten uns - früher als beabsichtigt - den Rückweg anzutreten. Ein kurzer informativer Halt noch bei der ehemaligen Synagoge Weißenburgs, ein nicht allzu beschwerlicher Anstieg, und schon näherten wir uns der Grenzlandkapelle. Diese wurde von einem Ehepaar auf ihrem Grundstück mit eigenen Händen erbaut

und steht jedem Wanderer offen; sogar Taufen haben hier schon stattgefunden.

*Pfarrer Unkrich* beendete den Pilgerweg im Beisein des nun schon betagten Ehepaares mit einer kleinen Andacht. Beindruckt von der ungebrochenen Bereitschaft der beiden, die Kapelle immer weiter auszubauen, gingen wir noch die paar Schritte zum Weinlokal „Zum alten Zollberg“. Einer der Teilnehmer traf allerdings etwas später ein, weil er seinem persönlichen „Gutsele“ des Tages begegnet war. Eine alte Isetta spielte dabei eine Rolle.

Nicht lange danach brach ein Gewittersturm los, der uns auch im Lokal drinnen noch innerlich das Genick einziehen ließ. Aber mit gutem Essen und Trinken hält man so Manches aus.

Unser Dank geht an *Pfarrer Unkrich* für die Vorbereitung und Durchführung der Pilgerwanderung uff pfälzisch' Art.

*Wilhelm Rojek*



*Wissembourger Impressionen, 11. Sept. 2011*



# ean vor Ort

## „Solidarität ohne mich? Mitverantwortung statt Gleichgültigkeit

Die diesjährige Landestagung hatte mit ihrem Thema wieder einen aktuellen Hintergrund.

*Jürgen Klute*, MdEP, referierte über die Solidarität in Europa und berichtete von der Arbeit des Europäischen Parlaments, gerade im Hinblick auf die derzeitige Finanzkrise. Hier spielt die Solidarität der Staaten eine besondere Rolle. Aus seiner Erfahrung als Pfarrer im Ruhrgebiet schilderte er, dass dort die Solidarität eine ganz andere Qualität unter den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gehabt habe.

Solidarität sei dort auch Verzicht zu Gunsten anderer gewesen. Solidarität sei heute nicht mehr selbstverständlich, obwohl nach *Stefan Hege* vor Gott alle Menschen gleich sind. Die EU nenne sich eine Solidargemeinschaft; der Hintergrund zu Ihrer Gründung seien die Erfahrungen des 1. und 2. Weltkrieges gewesen. Seit 2009 stehe der Euro zur Disposition. Warum gerade Griechenland im Kreuzfeuer stehe, sei auch für *Jürgen Klute* nicht eindeutig erklärbar. Fakt sei:

Griechenland habe erst in den letzten 30 Jahren eine Ökonomie aufgebaut. Nun solle Griechenland 30.000 Arbeitsplätze im Öffentl. Dienst abbauen ohne Kompensation.

Deutschland sei größter Exporteur in der EU und verdiene an Griechenland sehr gut. Was mache es schwierig, solidarisch zu sein? Die Bevölkerung habe Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, Rentenkürzungen und Einsparungen bei der sozialen Versorgung. Wichtiger Aspekt aus der Diskussion war der Hinweis auf den Schuldenerlass für Deutschland 1954 und den Marshall-Plan.

Am Samstagvormittag referierte Herr *Prof. Dr. Jürgen Kohl*, Soziologe an der Universität Heidelberg, zum Thema „Solidarität aus soziologischer und sozialpolitischer Sicht“. Der Zusammenhalt, die Integration und die Solidarität seien der Kitt der Gesellschaft. Nach *Emil Dürkheim* habe die zunehmende Arbeitsteilung die Solidarität aufgeteilt in eine Stammesgesellschaft und verschiedene homogene Gruppen. *Prof. Kohl* schilderte nun den Zusammenhang, die Abhängigkeit und das Zusammenwirken von organisierter Solidarität. Solidarisches Handeln sollte immer freiwillig sein und sich positiv auswirken. Dabei sei die Erziehung, Bildung und Wertebildung ein wichtiger Aspekt. *Prof. Kohl* hob hervor: „Solidarität kann es nur in überschaubaren Gruppen geben“. Er meinte, die solidarischen Sicherungssysteme seien nicht unbedingt

solidarisch. Kritiker sagten, sie würden die Individuen schwächen. Der Referent wies auch auf das große Konfliktpotential von ausgeprägten Gruppencharakteren hin. Die Bürger im Staat seien zwar eine Solidargemeinschaft mit gemeinsamen Werten, aber nicht ohne eigenen Anspruch. Sozialstaatliche Solidarität seien Rechte, die jedem zustünden und zur Sozialintegration beitragen. Als Beispiel nannte er die sozialen Sicherungssysteme. Zum Schluss wies er noch auf eine Studie hin, in der die Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme untersucht wurde. Es sei interessant, dass die Kranken- und Rentenversicherung eine sehr hohe Akzeptanz hätten. Das Leistungspotenzial würde hier in vollem Umfang akzeptiert werden. Das Arbeitslosengeld fände geringe Akzeptanz, aber doch Anerkennung zur Erhaltung des sozialen Friedens. Alle Reformvorschläge der sozialen Sicherungssysteme müssten den Maßstab anlegen: „Was würde die Gesellschaft dabei verlieren“?

Den zweiten Vortrag am Morgen hielt *Prof. Dr. Franz Segbers* zum Thema:

„Entsolidarisierung und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft“. Aus seiner Erfahrung als zuständiger Referent zum Thema: „Gerechtigkeit im Diak. Werk der Hessen-Nassauischen Kirche“ erläuterte er, wie heute soziale Errungenschaften in Frage gestellt würden. Er zitierte *Erhard Eppler*, der meinte, wir seien vor einem Epochenwechsel, in der die Solidarität dahinschmelze.

Des Weiteren wies er auf *Stéphane Hessel* hin, der sagte, Grundwerte und soziale Demokratie seien nach dem 2. Weltkrieg ein Wertekonsens gewesen. Die Selbstverantwortung werde heute groß geschrieben. *Prof. Segbers* erwähnte als Beispiel die Rentenversicherung 2008. So wäre im Jahresbericht der BRD Altersarmut kein Thema gewesen, drei Jahre später sei es zum Thema Nr. 1 geworden. 1957 wäre die Dynamisierung der Rentenversicherung zur Verhinderung der Altersarmut beschlossen worden. Die heutige Rentenentwicklung sei politisch gewollt, siehe Harz IV- Gesetze, Rentenkürzung oder die Arbeitsmarktregulierung. Der heutige Ansatz von *Ursula von der Leyen* gegen Altersarmut, setze hohe Einstiegshürden an Beitragsjahren voraus, um eine Zuschussrente zu bekommen, was gerade von vielen Frauen nicht zu leisten sei. Auch die Riesterrente halte nach der Studie des FES nicht, was sie verspreche. Der neue Begriff der Eigenverantwortung sei ein Aufgeben der Solidarität, die durch die Riesterreform ausgehöhlt würde.

*Prof. Segbers* ging im zweiten Teil seines Vortrages auf den Bericht des DIW ein, wonach 10% der Bevölkerung 2/3 des Vermögens besäßen. Die Sozialkosten seien die Unkosten der Solidarität, das Maß der Armut der Indikator für Solidarität. Dabei wüssten alle, dass Sicherheit durch Arbeit und Arbeit durch soziale Sicherung auch gleichzeitig soziales Eigentum sei. Soziale Sicherung sei keine Barmherzigkeit, doch die herrschende Klasse habe es schon immer geschafft, den Sozialstaat zu schwächen. Dabei spiele die Spaltung des Arbeitsmarktes und die Sozialgesetzgebung der letzten Jahre eine wichtige Rolle. *Prof. Segbers* zitierte *Eppler*, der an die Verantwortung der Kirchen und die europäische Tradition erinnerte: „Biblische Barmherzigkeit gibt es nicht ohne Recht und Gerechtigkeit“.

*Prof. Segbers* meinte, Europa beginne in Jerusalem und erinnerte an die *Gemeinsame Schrift der Kirchen* von 1997, Ziffer 13 und 126.

Am Samstagnachmittag stellte *Dr. des Rudi Maier*, Ludwigsburg, die Solidarität im 21. Jahrhundert am Beispiel der Gesellschaft und der Gewerkschaft und des Engagements vor. Zum Begriff Gesellschaft zitierte er frei nach *Michael Vester*: „Wie wir auf die Gesellschaft schauen, uns in ihr bewegen und diese bewerten, hängt zu wesentlichen Teilen davon ab, wo wir uns selbst darin befinden!“ Die Welt der Arbeit habe sich dramatisch gewandelt, die Leitbilder sich geändert. Folgende Aspekte hob er nach *Schultheis /Schulz*: „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ hervor.

1. Brüchige Arbeitswelt – prekäre Arbeitsverhältnisse etc.
2. Umbrüche in Ostdeutschland, Osteuropa, Wandel des Lebensmittelpunktes, Abwanderung
3. Bildung und Erziehung, soziales Zusammenleben – Bildungsversprechen – Herdprämie –
4. Sinnstiftung, Kirche z. B. abnehmende Bedeutung
5. Menschen an den Rändern, Zumutung und Leiden

Der Referent hinterfragte, ob das Versprechen der Chancen und Chancengleichheit für alle, eine Chancengleichheit bringe. Zum Thema Gewerkschaft erörterte er den Bedeutungsverlust dieser Organisation in den letzten 2 Jahrzehnten. Die Mehrheit fände die Gewerkschaften gut (80%), nur als Mitglied engagierten sich nur wenige. Welche Aktionsformen böten Gewerkschaften heute für Jüngere. WICHTIG: „Es gibt nicht die

Gewerkschaft. Die Einzelgewerkschaften stellen keinen homogenen Block dar. Zwischen der IG BCE und ihrem klientelistischen ‚Modell Deutschland‘ und verdi liegen hoch unterschiedliche Vorstellungen darüber, was ‚Gewerkschaft‘ ist und sein soll. Es gibt eine Zunahme von Kämpfen gegen Mitbestimmung wie Spartengewerkschaften etc.“ Für die Erneuerung der Gewerkschaften würden bereits seit längerem folgende Thesen diskutiert und in Teilen auch umgesetzt, wie Mitgliedergewinnung, Frauen, Jugend, MigrantInnen als zu erreichende Personengruppen; prekär Beschäftigte; innergewerkschaftliche Demokratie und Mitgliedernähe; Politisierung und gesellschaftliche Emanzipation; Gegenmacht und Kooperation / Bündnisse → Bewegungskultur; Projekte und Kampagnen; neues Solidaritätsverständnis (kein Ausspielen von Standortbelegschaften untereinander; Gewerkschaft - Europäisierung und Institutionalisierung; Organizingprojekte / kampagnenförmige Aktivitäten: Lidl-Kampagne etc.

Nach wie vor sei unklar und offen, wohin die Reise der „Gewerkschaften“ gehe – angesichts der momentanen Durchsetzungsschwäche im Feld der politischen Entscheidungen würden sie hinsichtlich notwendiger Korrekturen der gesellschaftlichen sozialen Schieflage vermutlich eher mahnender Kommentator, denn streitbarer Akteur sein. In einzelnen Betrieben könne das -je nach Fall- allerdings ganz anders aussehen; Zum Begriff Engagement führte *Dr. Maier* folgendes aus:

„Die Shell-Jugendstudien 2006/2010 beschreiben die Bindungskraft der großen Institutionen, Parteien und Gewerkschaften, auch Kirche, als sehr gering: ca. 3 % der jungen Menschen sind innerhalb dieser Institutionen engagiert und gebunden“. Es habe das *meritokratische Prinzip* als Versprechen und Zwang gegriffen: Individuelle Leistung entscheide über den Platz in der Gesellschaft, Erfolg werde somit individualisiert, das Scheitern ebenso. „ Es liegt an dir, was aus dir wird“ – was angesichts zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheit selbstverständlich weitgehend ein Trugschluss sei.

Jedoch gäbe es ein langdauerndes Engagement gegen Zumutungen in Form von Protesten. So sei Gorleben seit Mitte der Neunziger offensichtlich ein Mehrgenerationenprojekt „alter“ AktivistInnen und SchülerInnen. Gorleben sei seit langem ein Brennpunktprotest. Hinzugekommen seien die Engagements von ExpertInnen. (Siehe Berliner Bankenskandal → komplexe Gegenstände, auch Berliner Wasserverträge).

Und schließlich S21! Ein Kommentar dazu aus einer Aktionskonferenz aus dem Jahr 2010 laute: „ Was kann die Bewegung gegen S21 von den Gewerkschaften lernen? Antwort: Nichts! Was kann die Gewerkschaft von der Bewegung gegen S21 lernen? Alles!“ Ganz neu sei die Occupy Wall Street-Bewegung dieser Tage. Auffällig hierbei: Diffuse, fehlende eindeutige Forderungen. Zwar gebe es den Slogan „Wir sind die 99 Prozent.“ Gefordert werde hier ein gutes Stück weit ein anderes Leben, ein besseres Leben, ein gutes Leben.

– In Stuttgart, wie in New York seien es vor allem die gut ausgebildeten Menschen, die ihren Unmut äußerten.

Die Ausführungen zum Begriff Solidarität(en) waren vielfältig. Auszugsweise z. B. „Solidarität und solidarisches Handeln ist eine praktische Haltung, die auf die Überwindung von individueller und gesellschaftlicher Benachteiligung, Unterdrückung, Diskriminierung etc. –ausgeübt von Macht und Herrschaft– abzielt.

Die konkrete Solidarität: Schutz gegen Neonazis, Kampf gegen rechts; zivilgesellschaftliche Bündnisse; auch Flüchtlingshilfe; Antirassismus.“

Weiter gebe es die *Creative Commons* als Solidarbewegung: wie die Schönauer Stromrebellin, Wasser in Bürgerhand, Bahn in Bürgerhand, Strom in Bürgerhand etc., Rückgängigmachung von Privatisierungen etc. Neu sei auch die Solidarische Ökonomie: „Betriebe in Belegschaftshand“ z. B. Hess Natur Januar 2011.

*Dr. Maier* führte weiter aus, die *Solidarische Ökonomie* sei eine alternative Form des Wirtschaftens. Sie orientiere sich an bedürfnisorientierten, sozialen, demokratischen und ökologischen Ansätzen. Vor allem in Lateinamerika, in Brasilien und in Argentinien nach der Krise 2011. Heute gäbe es dort ca. 200 Betriebe in Belegschaftshand. In der anschließenden Diskussion kamen auch die Risse, die durch die Gesellschaft gehen zur Sprache. Der Referent äußerte sich, dass er hoffe, dass die Gewerkschaften bei der Demokratisierung und dem Kampf für eine gerechtere Gesellschaft, für eine gerechtere Welt eine Rolle spielen würden. Wir bräuchten eine Beteiligungspolitik. Die Organisationen sollten Möglichkeitsräume schaffen und mit Außenstehenden konkrete Ziele erarbeiten. Die Frage sei: „Kann ich mir was anderes vorstellen?“

In den Arbeitsgruppen wurden verschiedenen Themen behandelt.

In der Arbeitsgruppe „Solidarität und eine Welt“ ging es am Beispiel einer Solidaritätsarbeit in Burkina Faso um die Möglichkeiten und

Grenzen praktischer Unterstützungs- und Bildungsarbeit.

Was kann hierbei Solidarität bewirken? *Herr Schmidt* schilderte die Entwicklung dieser Arbeit in den letzten Jahren mit dem Ergebnis, dass sogar ein Berufsbildungszentrum aufgebaut werden konnte. In der Diskussion wurde deutlich, dass Bildung ein wichtiger Aspekt von Entwicklungsarbeit ist. Die Arbeitsgruppe „Solidarität und soziale Sicherung“ behandelte das solidarische Rentenmodell der Katholischen Arbeitnehmerverbände „Solidarisch und gerecht“. In der Diskussion wurde deutlich gemacht, dass es wichtig sei, die sozialen Sicherungssysteme auch zukünftig solidarisch zu finanzieren, denn viele Arbeitnehmer könnten sich eine private Vorsorge nicht leisten.

In der Arbeitsgruppe „Solidarität und Arbeitswelt“ ging es um die Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit mit Solidarität, mit Aktionen, Streiks und Verhandlungen. Dabei kam auch zur Sprache, wo Grenzen und Möglichkeiten der Solidarität in der Arbeitswelt sind. In der Diskussion wurden die neuesten Tarifverhandlungen und Streikaktionen angesprochen. Es wurde hervorgehoben, dass die gewerkschaftlichen Aktionen gerade auch in gesellschaftlichen Themen wichtig geworden sind.

Die Referate und anschließenden Diskussionen gaben den Teilnehmern viele Impulse für die Arbeit in den verschiedenen Organisationen.

**Fazit: Solidarität ist wichtiger denn je.**

Karlsruhe, 27. Oktober 2011  
*Siegfried Aulich*

# ean vor Ort

## Wenn die Normalität verrückt ist

*Gert Sauer* macht sich zum »Tag der seelischen Gesundheit« Gedanken über eine Medaille mit zwei Seiten  
*Was bedeutet »normal« zu sein und wie können wir in der heutigen »verrückten Normalität« Inseln seelischer Gesundheit ermöglichen? Antworten auf diese Fragen versuchte der Psychoanalytiker und Psychotherapeut Gert Sauer in seinem Vortrag im Zedernsaal zu finden.*

Kehl. Der Freiburger Psychoanalytiker und Psychotherapeut *Gert Sauer* setzte sich am Mittwoch mit dem Begriff »Normalität« auseinander. Bei der vom Arbeitskreis «Seelische Gesundheit» und der Evangelischen Arbeitnehmerschaft Kehl organisierten Veranstaltung zum »Tag der seelischen Gesundheit« erklärte *Sauer* den Begriff des Verrücktseins. Wenn heute umgangssprachlich von »verrückt« die Rede ist, werde gemeinhin etwas verstanden, was »verkehrt läuft«. Doch anstatt pauschale Urteile zu liefern, sollte man sich fragen: Könnte es doch nicht eine andere Seite geben? Das Herz hätte oftmals Vernunftgründe, die die Vernunft nicht kenne: »Wir stehen heute einer Inflation der Vernunft gegenüber: alles muss vernünftig erklärt werden und irgendeinen Grund haben«, so *Sauer*. Dass dabei Aspekte wie Gefühle, Intuition, Fantasie, Sehnsüchte und Wünsche auch zum Menschen gehören, das wird oft übersehen oder einfach übergangen. Unsere »Normalität« unterliege vielmehr dem Diktat einer naturwissenschaftlichen Weltsicht, was uns krank macht. Damit sei die Vernunft regelrecht »verrückt« geworden und schaffe letztendlich eine »verrückte Normalität, die oft krank macht«. In unserer Gesellschaft und Medienwelt werde suggeriert, dass jeder seinen persönlichen Traum erreichen könne – ein Trugschluss: »Der Normale schafft eben den Weg nach oben«, meinte *Sauer*.

Diejenigen die dieser gesellschaftlichen Maxime nicht folgen können, werden als Versager abgestempelt: »Ihr seid wohl doch nicht normal, mit euch stimmt irgendwas nicht«, laute hier der Vorwurf. Doch wer setzt die Maßstäbe, was normal sei?

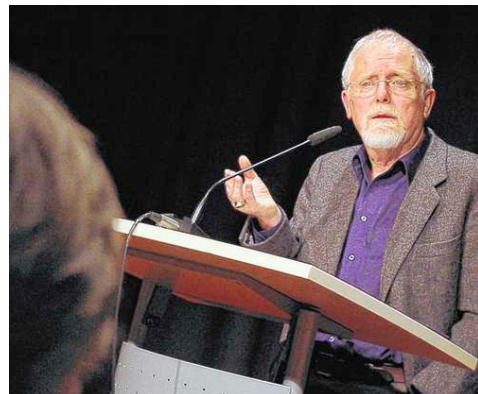
Viele Menschen würden in ihrem schnelllebigen und Konsum orientierten Alltag eine Maske tragen, einfach eine Rolle spielen, doch dahinter verberge sich nicht selten etwas anderes. Bei den Psychotherapeuten und Beratungsstellen erweise sich die »Störung« wiederum vielmehr als das Normale - nämlich, dass es überall auf der Welt Menschen gibt, die mit sich und ihrem Leben zu kämpfen haben. »Den perfekten Menschen, an dem alles so schön glatt erscheint, gibt es eben nicht«, betont *Sauer*.

Für *Sauer* gehe es darum ein angemessenes Verhältnis von Rationalität und Emotionalität zu finden. In unserer angeblich »normalen Gesellschaft« gebe es ein großes Defizit, so *Sauer*. Heutzutage gehe es in der modernen Arbeitswelt immer weniger um den Menschen, sondern um die Macht, die vom Geld ausgeht - »es fehlt die Anbindung an das Gemeinwohl«. Burnout sei nur eine von vielen Folgeerscheinungen.

### *Woran wir scheitern*

Soziale Zurückweisung führe dazu, dass viele Jugendliche und Erwachsene Verhaltensauffälligkeiten entwickeln, an *Artikel vom 14.10.2011* Depressionen leiden und in Beziehungen scheitern. Deshalb sei die Wertschätzung des Gegenübers eine wichtige Voraussetzung um »Insel seelischer Gesundheit« zu schaffen.

*Oscar Sala, Kehler Zeitung, 14.10.2011*



*Foto: Oscar Sala*

*Gert Sauer forderte bei seinem Vortrag im Kehler Zedernsaal Inseln seelischer Gesundheit*

# ean vor Ort

## Neubeginn

Nach der guten, anstrengenden und auch inhaltlich interessanten Tagung zum Thema Solidarität, die auch ein super Kulturprogramm hatte, bedanken wir uns, die bei der Tagung dabei waren und auch am Sonntag sich bei den Wahlen beteiligten. Der besondere Dank gilt demjenigen, die sich wieder und auch neu zur Wahl stellten und allen die bislang aktiv dabei waren und jetzt ausscheiden. Wir freuen uns auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zur Förderung der ean. Die konstituierende Sitzung war am Donnerstag, den 8.12.11.

## Landesvorstand und Landesleitung:

- 1. Vors. *Wilhelm Rojek*, Meckesheim stellv. Vors. *Gaby Vetter*, Lahr und *Friedhelm Tschertter*, Neuried
- Schriftführerin: *Claudia Braun*, Karlsbad
- Kassiererin: *Ursula Stolle*, Pfinztal
- Beisitzer Nord: *Ulrich Bomke*, Kraichtal und *Rosie Müller*, Pfinztal
- Beisitzer Mitte: *Regina Lorenz- Fischer*, Lahr und *Werner Hofmann*, Karlsbad
- Beisitzer Süd: *Anke Guyard*, Freiburg und *Hanna Reiner*, Freiburg

In der ersten Sitzung wurden die Arbeitsschwerpunkte und die Termine vereinbart.

Wir danken *Werner Posmeck*, Karlsruhe für die langjährige Mitarbeit, *Doris Osswald*, Kraichtal für Ihr Engagement und auch *Roland Reihs*, Denzlingen für seine gute Arbeit in Freiburg. Dank auch an *Martin Huhn*, Mannheim für seine Dienste und auch den Gottesdienst am Sonntag.

Weiterhin sind vom Bodensee die bisherigen Vertreter *Joachim Schulz*, Allensbach und *Heinz Kapp*, Singen Mitglieder in der Landesleitung.

*Siegfried Aulich* und *Annette Klein*

## Tagung ean /eop

**« Ethik besteht darin mich verpflichtet zu fühlen, allem Lebenden die gleiche Ehrfurcht entgegenzubringen wie dem eigenen Leben »**  
*Albert Schweitzer*

Letztes Jahr in Gunsbach haben uns bei einer Veranstaltung der ean Lahr und EOP die alternativen Gedanken von *Albert Schweitzer* Anregungen zum Nachdenken gegeben. Wir haben damals beschlossen den Gedanken von *Albert Schweitzer* weiter zu spüren. Deswegen laden wir Sie, die ean aus Baden und die EOP aus dem Elsaß, zu dieser interessanten Tagung, in deutscher Sprache, ein.

**Am Sa. den 14. und So. den 15. Januar 2012**

**Thema :**

**Leben will leben:**

**Zur Ethik von Albert Schweitzer**

**Tagungsort:**

**Château du Liebfrauenberg**, Goersdorf

*Albert Schweitzer*, Pfr., Kulturphilosoph, Musiker, Schriftsteller und Arzt brachte seinen Leitgedanken von der « Ehrfurcht vor dem Leben » über Landesgrenzen hinaus, da er als Arzt, in der damals französischen Kolonie Gabun, in Lambarene, ein Krankenhaus aufgebaut und sich der Patienten angenommen hatten. Lambarene war der Ort der Verwirklichung seiner Überzeugungen. Diese werden wir betrachten, um darin den Impulse für uns in unserer heutigen Zeit nachzusinnen.

Kosten: 50.00€, Prospekt und Anmeldung sofort bei der ean Geschäftsstelle:

Evangelische Landeskirche in Baden  
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
Evang. Arbeitnehmerschaft  
Blumenstr. 1-7, 76133 Karlsruhe,  
Telefon: 0721 9175-364/366,  
e-mail: ean@ekiba.de

# ean vor Ort

## Auswirkungen des Klimawandels

Die Herbsttagung der ean-Gruppe Freiburg und der EOP Colmar

Am Samstag, dem 12. November fand in Freiburg die Herbsttagung der ean-Gruppe Freiburg und der EOP Colmar statt. Wir trafen uns erstmals im Haus der Kirche in der Habsburgerstraße, wo seit April dieses Jahres auch der KDA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) seine Büro- und Tagungsräume hat.

Aus Freiburg und Umgebung waren rund zwanzig Mitglieder und Interessenten der ean gekommen, während die EOP mit sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmern vertreten war. Nach dem Empfang mit Kaffee, Tee und kleinem Imbiss begrüßte *Hanna Reiner* die Besucher und den Referenten. Mit einer Andacht zu einem Kirchenlied stimmte uns *Jean-Jacques Dietsch* auf das Thema ‚Auswirkungen des Klimawandels auf die europäische und auf die regionale Landwirtschaft‘ ein. Referent war Pfarrer *Hermann Witter*, Beauftragter für Umweltthemen der Evang. Landeskirche Baden.

Anhand eines Diagramms (Temperatur und Niederschlag der letzten 15 Jahre) war ersichtlich, dass die Temperaturen merklich zugenommen haben. 2011 war es ca. 3°C wärmer als im langjährigen Mittel und es fiel bisher 60% weniger Regen, wobei diesmal das Frühjahr relativ trocken war.

1970 begann die Apfelblüte am 19. Mai, 2009 am 21. April und in diesem Jahr sogar schon am 1. April. Seit 3-4 Jahren findet man hier auch den Buchsbaumzünsler. Er wandert mit zunehmenden Temperaturen von Süd nach Nord und kann sich ohne seine natürlichen Feinde ungestört ausbreiten.

Bis 2050 wird sich die Temperatur in unserer Region durchschnittlich um 1-2°C erhöhen, bis 2100 können es 3-4°C werden. Man geht davon aus, dass die Niederschläge im Herbst und im Winter (bei steigenden Schneefallgrenzen!) zunehmen und dass sie im Sommer abnehmen werden. Extremereignisse werden häufiger eintreten. So ist z. B. Starkregen zu erwarten, der zu Bodenerosion führen kann. In ausgeräumten Landschaften kann es auch zu Winderosion kommen (April 2011 Sandsturm auf der A19 mit 8 Toten). Es wird mehr Gewitter geben (an 15-16 Tagen im Jahr) und man hat auch erkannt, dass es früher weniger Hagelschäden gab. Nach Angaben der Münchner Rückversicherung gab es im Dürresommer 2003 in Europa ca. 25.000 Tote wegen der extremen Hitze.

Die Landwirtschaft verursacht auch Klimagase. Bei der Verdauung von Rindern, Ziegen, usw. wird Methan (CH<sub>4</sub>) gebildet. Bei der Bodenbearbeitung (Stickstoffdüngung) entsteht Lachgas (N<sub>2</sub>O) im Boden. Gibt man den Rindern statt natürlicher Nahrung (Heu und Öhmd) Silage zu

fressen, wird weniger Methan gebildet.

Insgesamt importiert Deutschland derzeit mehr Lebensmittel als es exportiert. Weitere Themen des Vortrags waren noch das Bio-Ethanol, das laut Gesetz dem Benzin zugesetzt werden muss, und die EU-Agrarpolitik.

Resumée: Wir brauchen eine regionale Landwirtschaft und wir sollten diese auch fördern. Vorteile: kürzere Transportwege und mehr Frische. Positives Beispiel ist die Regionalwert-AG, die z. B. Höfe aufkauft, die sonst mangels Nachfolger nicht weiter bewirtschaftet würden. Der kirchliche Dienst Land (KDL) ist eine Facheinrichtung der Evangelischen Landeskirche in Baden. Die Aufgabe des KDL mit drei Außenstellen (u. a. in Heitersheim) ist es, Entwicklungen im ländlichen Raum zu begleiten und sich der Menschen anzunehmen, die von der Landwirtschaft leben.

Nach dem Mittagessen im Vorderhaus - eine Gaststätte die zu einem Kulturzentrum gehört - fuhren wir mit der Straßenbahn zu einer Kleingartenanlage am südlichen Stadtrand von Freiburg. Dort erwartete uns der Stellvertretende Vorsitzende Herr *Eisermann*, um uns etwas über die Geschichte des Kleingartenwesens zu erzählen. Vorläufer der heutigen Kleingärten waren die so genannten ‚Armengärten‘ aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Mit ihnen sollten Bedürftige an Stelle einer ‚Barunterstützung‘ in die Lage versetzt werden, ihren Bedarf an Gartenfrüchten selbst zu decken.

Eine weitere Wurzel der Kleingartenbewegung geht auf die Ideen des Leipziger Arztes Dr. Schreiber zurück. Hier standen die körperliche Ertüchtigung und die Heranziehung der Kinder an die Natur im Vordergrund, die *Dr. Schreiber* aus volkspädagogischen Gründen gefordert hatte. Auch kirchliche Kleingartenkolonien wurden gegründet. Zahlreiche Kleingartenkolonien entstanden aus Initiative der Kleingärtner selbst. Im Laufe der Zeit hat sich die Funktion der Kleingärten gewandelt. Zum wirtschaftlichen Nutzen ist der Freizeit- und Erholungswert dazugetreten. Die Kleingärten haben heute in unserer arbeitsteiligen Industriegesellschaft eine wichtige soziale Bedeutung. Sie stellen einen notwendigen Ausgleich zu den Mängeln im Wohnbereich und im Wohnumfeld dar und verbessern wesentlich die Lebensverhältnisse des Kleingärtners und seiner Familie. Die Parzellen in der Kleingartenanlage ‚Wonnhalde‘ sind 200-300 qm groß. Nach Möglichkeit sollte mindestens ein Drittel der Fläche als Nutzgarten verwendet werden.

Die Gruppen verabschiedeten sich voneinander nach einem lehr- und abwechslungsreichen Tag.

*Roland Reihls*, Denzlingen

# ean vor Ort

## Die fünf Weltreligionen

Vom 31.10.-03.11.2011 trafen sich die ean-Senioren zu ihrer alljährlichen Tagung, unter dem Thema: "Die 5 Weltreligionen, was verbindet, was trennt sie"

Die Teilnehmer erfuhren viel zu den einzelnen Religionen, hilfreich waren auch die Poster und die Broschüre von der Stiftung Weltethos. Nachstehend sind die wichtigsten Ausführungen zusammengefasst.

**Islam:** *Herr Hossein Fatimi* - ging darauf ein, dass Jesus im Islam als Prophet gesehen wird, die Mutter Maria sehr viel mehr verehrt wird, als im christlichen Glauben, dass das Gebet 5 mal am Tage wichtig ist, der 10. Teil seines Vermögens an die Armen gegeben werden sollte, nicht als Almosen, sondern als Hilfe zum Überleben. Die Anwesenden erfuhren, dass der Schwarze Stein in Mekka ein Engel ist und siebenmal umrundet werden muss, weil nach der Sintflut Abraham mit Ismael das Gottes Haus wieder aufgebaut hat. In seinem Leben bestellt man sein Feld - geerntet wird nach dem Tod - Engel nehmen den Toten, er wird befragt und legt Zeugnis für sein Leben ab, die Propheten sind die Fürsprecher für den Verstorbenen. Auf die Frage, ob es überhaupt notwendig ist den Islam zu stärken oder zu bekämpfen, meinte *Herr Fatimi*, dass die Muslime oftmals in falschen Händen sind.

**Judentum:** *Herr David Seldner* erläuterte: In Baden gibt es 10 jüdische Gemeinden mit ca. 900 Mitgliedern, in ganz Deutschland sind es 250.000 - 300.000. Seit 2010 haben die Juden das gleiche Recht mit den Christen, d.h. Religionsrecht, Feiertage etc. Es gibt einen Sprengel, Steuern werden erhoben, sie haben eine eigene Gerichtsbarkeit, die Befähigung zum Rabbiner geht von einem jüdischen Gericht aus.

Was verbindet die Juden: Zusammengehörigkeitsgefühl, gemeinsame Geschichte, viel Tradition, den jüdischen Witz, man ist nur sich selbst und Gott gegenüber verantwortlich. man legt ein Gelübde Gott gegenüber ab.

Es gibt 613 Gebote - konvertieren ist fast unmöglich, zuvor muss man eine Prüfung ablegen, die sehr schwer ist. Einäscherungen sind nicht erlaubt, an die seelische Auferstehung wird geglaubt, an die körperliche Auferstehung nicht.

Die Juden warten immer noch auf einen Messias - Moschia - in der kommenden Welt. Sie möchten eine Minderheit bleiben, denn nur so sind sie stark, bei einer Vermischung mit anderen Religionen verschwindet vielleicht das Judentum, das ist nicht gewünscht.

**Christentum** - *Herr Prof. Eugen Engelsberger* ging in seinem Referat darauf ein, dass es

darauf ankommt, wie wir leben, die Bergpredigt sagt dazu alles aus. Jesus Christus ist ein Titel und bedeutet Messias, Jesus ist nicht der Stifter einer neuen Weltreligion, sondern der Gott von dem Jesus spricht, ist ein Gott für alle, der Gott des alten Bundes, in Jesus ist Gott zur Welt gekommen, zu uns Menschen. Wir glauben an die Auferstehung und an das ewige Leben, wir glauben auch an die Dreieinigkeit, Vater, Sohn und Heiliger Geist, das ist im Islam und Judentum nicht möglich. Das Christentum ist weltweit die größte Religionsbewegung, deutlich vor dem Islam und immer noch im Wachsen begriffen. Schwerpunkt ist Lateinamerika und Afrika.

**Buddhismus** - *Herr Prof. Dr. Martin Repp* - Den Buddhismus (Buddha der Erwachte) gab es schon 600 Jahre vor Christus. Nach dem 2. Weltkrieg gab es bei vielen Christen eine Sinnkrise und sie haben sich dem Buddhismus zugewandt - im Dritten Reich wurden viele Buddhisten in Konzentrationslager gesteckt und evtl. auch umgebracht. Im Jahre 1955 schlossen sich die verschiedenen buddhistischen Gruppen zur Deutschen Buddhistischen Union zusammen. Im Buddhismus gelten die vier edlen Wahrheiten

1. Das ist das Leiden, Geburt Alter, Krankheit Tod, Vereinigung und Trennung
  2. die Entstehung des Leidens, durch Durst, Begierde ; Verblendung - Elend der Begierde - Arbeit - Besitz - Sorgen - Streit - Totschlag - Krieg
  3. die Vernichtung des Leidens: Aufhebung der Begierde - also Selbstlosigkeit
  4. der zur Vernichtung des Leidens führender Weg = achtfältiger Weg. (rechte Einsicht, rechter Entschluss, rechte Rede, rechte Tat, rechter Wandel, rechtes Streben, rechte Wachheit, rechte Versenkung= **Meditation**)
- Sterben im Buddhismus ist nur möglich, wenn das "Nirwana = Auslöschen" der Existenz beim Tod erreicht wird. Dazu wird man immer wieder geboren, bis man ein selbstloses Leben geführt hat und die Sünden, die man getan hat, abgegolten sind.

**Hinduismus:** *Dr. Gernot Meier* hatte in einer sehr gut gemachten Power-Point-Präsentation die Vielfalt des Hinduismus aufgezeigt. Gravierend ist, dass es im Hinduismus kein Leben nach dem Tod gibt, man wird immer wieder geboren, in der gleichen Kaste, es gibt keine Möglichkeit sein Dasein zu verbessern auch eine Vermischung der Kasten gibt es nicht. Für uns Europäer ist diese Glaubensrichtung nicht zu erfassen und zu verstehen.

Karlsruhe, 05.12.2011 - *Hella Reinecke*

## „Solidarität – ohne mich?“

### - Mitverantwortung statt Gleichgültigkeit

-Tagung der Evang. Arbeitnehmerschaft Baden

Auf der Tagung der Ev. Arbeitnehmerschaft Baden in Bad Herrenalb zum Thema : Solidarität ohne mich? waren sich die Referenten in der Analyse weitgehend einig, dass in unserer Gesellschaft ist ein tiefer Riss wahrzunehmen ist. Der Egoismus und das eigene Wohlergehen sind wichtiger als der Gemeinsinn und die Solidarität. Wir brauchen wieder das Engagement, die Mitverantwortung und die Solidarität in unserer Gesellschaft, um die Teilhabe und Gerechtigkeit zu gewährleisten.

*Jürgen Klute*, MdEP, referierte über die Solidarität in Europa und berichtete von der Arbeit des Europäischen Parlaments, gerade im Hinblick auf die derzeitige Finanzkrise. Hier spielt die Solidarität der Staaten eine besondere Rolle. Was macht es schwierig solidarisch zu sein. Die Bevölkerung hat Angst vor dem Verlust der Arbeitsplätze, Rentenkürzungen und Einsparungen bei der sozialen Versorgung. *Jürgen Klute* erinnerte in diesem Zusammenhang an den Schuldenerlass 1954 für Deutschland und dem Marshall-Plan.

Herr *Prof. Dr. Jürgen Kohl*, Soziologe, Heidelberg erläuterte die Solidarität aus soziologischer und sozialpolitischer Sicht

Der Zusammenhalt, die Integration und die Solidarität ist der Kit der Gesellschaft. *Prof. Kohl* schilderte den Zusammenhang und die Abhängigkeit und das Zusammenwirken von organisierte Solidarität. Solidarisches Handeln sollte immer freiwillig sein und sich positiv auswirken. Dabei ist die Erziehung, Bildung und Wertebildung wichtig. Sozialstaatliche Solidarität sind Rechte die jedem zustehen, und tragen zur Sozialintegration bei, z. B. soziale Sicherungssysteme. Der Referent mahnte: Alle Reformvorschläge der sozialen Sicherungssysteme müssen den Maßstab anlegen, was würde die Gesellschaft dabei verlieren.

*Prof. Dr. Franz Segbers*, Theologe, Kelkheim stellte die Entsolidarisierung und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Die Sozialkosten sind die Unkosten der Solidarität, das Maß der Armut ist der Indikator für Solidarität. Dabei wissen alle, dass Sicherheit durch Arbeit und Soziale Sicherung keine Barmherzigkeit ist. Dabei spielt die Spaltung des Arbeitsmarktes und die Sozialgesetzgebung der letzten Jahre eine wichtige Rolle. *Prof. Segbers* zitiert Epler „Der an die Verantwortung der Kirchen und die europäische Tradition erinnert“. *Dr. des Rudi Maier*, Ludwigsburg stellte die Solidaritäten im 21. Jahrhundert am Beispiel der

I

n

f

O

Gesellschaft und der Gewerkschaft und des Engagements vor.

Zum Thema Gewerkschaft erörterte er den Bedeutungsverlust dieser Organisationen in den letzten 2 Jahrzehnten. Die Mehrheit findet die Gewerkschaften gut ( 80%), nur als Mitglied engagieren sich zu wenige.

Jedoch gibt es ein langdauerndes Engagement gegen Zumutungen/ Proteste: z. B. Gorleben etc. Und schließlich S21: Ein Kommentar dazu aus einer Aktionskonferenz aus dem Jahr 2010: Was kann die Bewegung gegen S21 von den Gewerkschaften lernen? Antwort: Nichts! Was kann die Gewerkschaft von der Bewegung gegen S21 lernen? Alles! Fazit aus der Tagung, vielleicht sollte wie *Stehane Hessels* kleines Büchlein „Indignez-vous-(Empört Euch)“, aussagt, es in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage von der Entrüstung zum aktiven Einsatz „Engagiert Euch!“ kommen.

### Infos/Kontakt:

ean Evangelische Arbeitnehmerschaft  
Blumenstr. 1-7  
76133 Karlsruhe  
Postfach 2269, 76010 Karlsruhe  
Tel. 0721-9175366/364

### Sozialtage Südbaden



(11.11.2011) Die 3. Sozialtage Südbaden begaben sich ins Reich der Visionen - nicht aus sozialromantischem Überschwang, sondern aus der Einsicht, dass die vielfältigen Krisen nach einem radikalen Neuaufbruch schreien.

Zu einem reichhaltigen Programm luden die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), die Evangelischen Arbeitnehmerschaft (ean), die Arbeitnehmerpastoral in der Erzdiözese Freiburg (ANP), und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) in der ev. Landeskirche Baden und PAX CHRISTI gemeinsam ein, sich mit den Perspektiven für eine humanere Welt zu beschäftigen. Eine erneuerte soziale Demokratie, eine nachhaltige Produktionsweise mit deutlich geringerem Ressourcenverbrauch, stärker regionalisierte Wirtschafts- und Energiekreisläufe, demokratisch kontrollierte öffentliche Güter und ein ganz anderer Konsum- und Lebensstil sind dazu notwendige Faktoren.

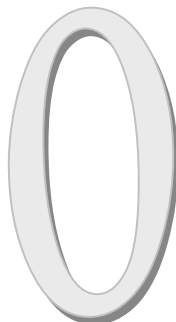
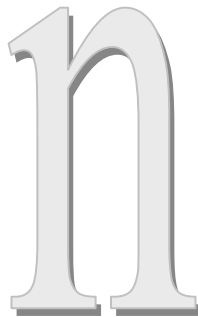
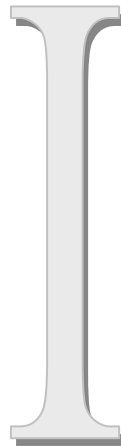
In Gottesdiensten, Vorträgen und Diskussionen wurden die Globalisierung, Wege zu einer gerechten Weltwirtschaft, „zockende Finanzmärkte“ etc. thematisiert. (Das Programm und weitere Informationen erhalten Sie auf der Homepage der Sozialtage: <http://www.sozialtage-suedbaden.de/>

„Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter, ungesicherte Arbeitsverhältnisse beeinträchtigen das Bild einer aufstrebenden Wirtschaft. Als Kirchen sehen wir uns vor der Aufgabe, vom biblischen Menschenbild ausgehend den Finger in diese Wunde zu legen, kritische Entwicklungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit beim Namen zu nennen und Perspektiven aufzeigen“ – so *Erzbischof Zollitsch* und Landesbischof *Fischer* in ihrem Grußwort. Die Südbadener Sozialtage wurden am Sonntag, den 13.11.2011 um 10.00h mit einem Gottesdienst im Freiburger Münster eröffnet.

[http://www.ekiba.de/14988\\_16698.php](http://www.ekiba.de/14988_16698.php)

### **Masuren und Nordpolen – Eine Begegnungsreise**

Vom 11.04. – 25.04.2012 bietet Pfarrer i. R. *Norbert Unkrich*, Bad Bergzabern – in Zusammenarbeit mit der Evang. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft in Kaiserslautern, der ean – Baden und der Evang. Arbeiterseelsorge im Elsass eine weitere Studien- u. Begegnungsreise als Flug- u. Busreise an. Die Organisation – Buchung usw. übernimmt das Pit - Reisebüro – *Heinz Sachs* – in Gernersheim bei dieser nunmehr dritten Reise in die genannte Region. Die Masurische Seenplatte zählt zu den bekanntesten Regionen Polens. Hügel und Felder, unzählige silberne Seen und endlose Wälder dominieren diese romantische Landschaft im Nordosten des Landes. Hier in dieser geschichtsträchtigen Region sind wir als Gruppe vom 11.04.-17.04. der ersten Etappe und wohnen



in dem Hotel „Bartis“ im ehemaligen Bartenstein. Von da aus sind wir dann unterwegs nach Nikolaiken, Sensburg, Heiligenlinde, Wolfsschanze, Lötzen Allenstein usw. Vom 17.04. bis 25.04. sind wir im Bereich der Ostseeperle – Danzig, Zoppot, Frauenburg, Frisches Haff, Marienburg, Kashubische Schweiz, Halbinsel Hel, KZ Stuthof. Unser Besuch in Danzig (Gdansk) zählt zu den kultur- und historisch bedeutendsten Erlebnissen. Wir wohnen in Danzig (im Hotel „Amber“) In der alten Hansestadt Danzig befindet sich ein großartiges Ensemble von kunstvollen Baudenkmalern. Dazu zählt u.a. das Krantor an der Mottlau, das Rathaus mit seinem roten Saal! – der Neptunsbrunnen und der Artushof am „Langen Markt“. Letzterer diente als Treffpunkt kaufmännischer Bruderschaften. Eine Besonderheit ist der Komplex Oliva mit der weltberühmten Orgel in der beachtlichen Kathedrale. Ein Besuch des Seebades Zoppot ist für uns Verpflichtung, die 512 m lange Mole und die Kulisse des berühmten Strandhotels und Kurhaus, sowie die Evang. Kirche bilden einen schönen Rahmen für einen ausgefüllten Tagesaufenthalt, der sich lohnt. Eine Reise, die unter kompetenter Reiseführung sicherlich wieder ein Erlebnis der besonderen Art sein wird!

Es ist eine Reise für die Teilnehmer/innen, um ihre geschichtlichen und kulturellen Erfahrungen zu erweitern, Zeugen und Zeugnisse der jungen europäischen Geschichte begegnen und erleben. Wir bieten eine Reise an, bei der die eingetretenen Touristenpfaden verlassen werden. Eine Reise also, bei der es sich lohnt anzumelden.

*Norbert Unkrich*, Pfr. i. R., Bad Bergzabern

### **22. Radtour Sellin, Rügen**

Die 22. Radtour vom 2.06.-9.06.12 führt uns auf die Insel Rügen. Von dem Ort Sellin aus, werden interessante geführte Radtouren angeboten. Es gibt Mitfahrmöglichkeiten mit dem Auto oder Gruppenfahrt mit der Bahn ca. 110,00€. Kosten der Radtour mit Halbpension, Ausflügen, etc. Ca. EZ 345€, DZ 300€.

**Bitte vormerken und rechtzeitig anmelden mit dem Vermerk, ob EZ, DZ, Mitfahrgelegenheit geboten, bzw. Bahnfahrt gewünscht wird. Teilnehmerzahl 20.**

# Kirche und Gesellschaft

## Für ein soziales Europa engagieren

In Luxemburg haben am 22.6.11 zahlreiche Gewerkschafter gegen sozialen Kahlschlag in der EU protestiert. Anlass sind die neuesten Vorschläge zur Wirtschaftspolitik, über die der Europäische Rat in Kürze entscheiden will. Einerseits geht es dabei darum, im Finanzsektor vermehrt Aufgaben aus den Nationalstaaten an die EU zu überführen. Andererseits soll im Zuge des "Euro-Plus-Paktes" beschlossen werden, dass sich die Mitgliedsländer stärker in steuer-, sozial- und haushaltspolitischen Angelegenheiten abstimmen.

Das Thema „Soziales Europa“ ist ein Bereich, der immer mehr an Bedeutung gewinnt und künftig eine Intensivierung der Aktivitäten erfordert.

Die Politiker, wie auch Parteien und Verbände müssen sich engagiert den Themen Beschäftigung, soziale Sicherheit, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Gleichstellung von Frauen und Männern widmen. In der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es wichtig, deutlich zu machen, dass Europa nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch ein sozialer Zusammenschluss ist.

Dies haben auch 1000 Delegierte aus 36 Ländern Europas und von 83 gewerkschaftlichen Organisationen deutlich gemacht, die nach Athen gekommen sind. Dort hielten sie vom 16. bis 19. Mai 2011 den 12. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ab. Motto des Kongresses: "Mobilisieren für ein soziales Europa". Angesichts der schwierigen Lage in Griechenland forderte der Kongress in einer Dringlichkeitsresolution den ECOFIN-Rat auf, dringend seinen politischen Kurs zu ändern: "Griechenland braucht eine Perspektive für Wachstum und Entwicklung und nicht Sparzwang". Europa sei auf einem Scheideweg, so die Resolution weiter. Der Fall Griechenland zeige, dass der Europäische Rettungsschirm nicht funktioniere, wenn die nationale Budgetkonsolidierungspolitik nicht mit der Wirtschaftspolitik abgestimmt sei. Es ist auch ein neues Finanzsystem notwendig. Es wird Zeit, dass der monatelange Zickzackkurs der Politiker und der EU ein Ende hat. Die Menschen in Europa können nicht mehr nachvollziehen, dass nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Mittelstand, die Jugend und die „kleinen Leute“ die Verlierer sind.

Das Thema Solidarität gewinnt daher immer mehr an Bedeutung. Dies zeigt sich neu an den Demokratie- und Protestbewegungen rund um das Mittelmeer, die endlich Freiheit und Gerechtigkeit wollen. Und nicht nur die Jugend in Spanien will ernst genommen werden, auch

sie und viele andere Protestbewegungen fordern eine andere Politik. Dass Proteste und Engagement etwas bewegen können, haben die Landtagswahlen bei uns in BW gezeigt. Wichtig ist hinzuschauen und mit anderen zu sprechen, sich zu informieren und zu diskutieren. Die Christlichen Arbeitnehmerorganisationen könnten sich da von ihrer Tradition her einbringen. Es gibt viele Beziehungen, Partnerschaften und gemeinsame Veranstaltungen. Im April dieses Jahres gab es ein solches Treffen mit den französischen Evangelischen und Katholischen Schwestern und Brüdern in Strasbourg. Dieses Mal ging es um die Situation der Menschen in Europa. Anstoß gab dazu ein kleines Büchlein „Empört Euch“ von Stephane Hessel. Es hat in Frankreich eine Millionenaufage erreicht und Anstöße zu vielen Diskussionen gegeben. *Stephane Hessel* hat mit seinem kleinen Büchlein „Indignez-vous – (Empört Euch)“ viele Menschen erreicht.

Nun hat er interessanterweise ein neues geschrieben, das ja ganz gut zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage passt: *Engagiert Euch!* Nach dem Anstoß zur Entrüstung folgt der radikale Aufruf zum aktiven Einsatz: "*Engagez-vous!*", (Paris, Éditions de l'Aube, 112 Seiten, 7 Euro, erscheint im Juli in deutsch) heißen die Interviewnotizen, die *Hessel* zusammen mit Gilles Vanderpooten vorlegt und ausdrücklich als Aufforderung zum aktiven Handeln verstanden wissen will.

Es ist Engagement wichtiger und notwendiger denn je. Denn wir dürfen Entscheidungen und Entwicklungen nicht nur den Experten und Politikern überlassen. Wir müssen als mündige Bürger und Betroffene unsere Meinung und auch unser Wissen, unsere Erfahrung mit den Entscheidungsträgern diskutieren und deutlich machen, was uns in Europa wichtig ist.

**Darauf müssen wir auch aufmerksam machen. Europa ist nicht nur ein Europa der Wirtschaftsmächte und Finanzjongleure. Europa muss ein Europa der Menschen und ihrer sozialen Belange sein.**

*Siegfried Aulich, Sozialsekretär*

# Kirche und Gesellschaft

## “Die Arbeitswelt und deren Prekarität in Deutschland”

Seit den Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung ist Hartz IV ein Begriff für Verarmung in Deutschland geworden. Hartz IV ist die im Sozialgesetzbuch II ( SGBII) geregelte Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige. Anfang 2011 lebten etwa 6,5 Millionen Personen in Hartz -IV – Haushalten, darunter 1,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Rund zehn Prozent der Bevölkerung zwischen null und 65 Jahren sind auf Hartz IV angewiesen.

Dabei hatte die Agenda 2010 unter der Regierung Schröder mit der Reform zuerst ganz andere Ziele, die Verbesserung der Situation der Erwerbslosen und deren Förderung und eine einfachere Verwaltung. Doch wurde auch mit den Reformen der Arbeitsmarkt dereguliert mit harten Fakten für die Betroffenen und auch für unsere Gesellschaft. Deutschland sollte fit für den Weltmarkt und Export gemacht werden. Das jetzt in Deutschland viel gepriesene Jobwunder, entpuppt sich jedoch mehr und mehr als die wundersame Vermehrung von prekären und Billigjobs, wie aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (19.7.11) hervorgeht. Danach waren von den 322.000 zusätzlichen Beschäftigungen im Jahr 2010, 243.000 atypische Arbeitsplätze. „Damit trug die atypische Beschäftigung gut 75 % zum Gesamtwachstum der Zahl abhängig Beschäftigter zwischen 2009 und 2010 bei.“ .Unter „atypischer Beschäftigung“ werden nach der Definition des Statistischen Bundesamtes alle abhängig Beschäftigten verstanden, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien aufweisen: Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeit-/Leiharbeitsverhältnis, geringfügige Beschäftigung. Die Zunahme atypischer Beschäftigung zwischen 2009 und 2010 wiederum ist hauptsächlich auf den Zuwachs von Personen in Zeitarbeitsverhältnissen zurückzuführen.

Kurzum, als prekär gelten Arbeitsverhältnisse, wenn ihnen im Vergleich zum Normaljob etwas Wichtiges fehlt: Der Lohn kann die Existenz nicht sichern; die soziale Absicherung und die üblichen Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz oder Betriebsratswahlrecht sind eingeschränkt beziehungsweise gar nicht vorhanden; eine Integration in soziale Netze der Arbeitswelt ist unmöglich.

Insgesamt dürften über fünf Millionen Menschen, rund 15 Prozent der Beschäftigten, betroffen sein.

Nährboden für das so genannte Prekariat ist die Zunahme von Arbeitsverhältnissen, die

nicht dem traditionellen Standard entsprechen: Prekäre Beschäftigung ist demnach kein Randphänomen mehr. Rund 2,5 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten in Befristungen. Fast 5 Millionen verdienen ihr Geld mit Minijobs. 650.000 sind Leiharbeiter. Die Europäische Union zieht die "Lohnarmutsgrenze" bei 50 Prozent des durchschnittlichen Vollzeiteinkommens eines Landes. Danach beziehen insgesamt etwa 3,4 Millionen Beschäftigte in Deutschland Armutslöhne, 43,1 Prozent der armen Erwerbstätigen üben ein "Normalarbeitsverhältnis" aus, arbeiten also mindestens 30 Stunden in der Woche. Rund 10 Prozent der Erwerbstätigen hätten zwar ein eigenes Einkommen, das über der Armutsgrenze läge, wenn sie allein wären; sie müssen aber weitere Familienmitglieder mitversorgen - die oftmals selber arbeitslos sind.

Getrennt für das unterschiedliche Lohnniveau von West- und Ostdeutschland berechnet, kommt das WSI (Wirtschafts- und Sozialinstitut der Gewerkschaften) auf 12,1 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Westen und 9,5 Prozent im Osten, die so genannte Armutslöhne beziehen - insgesamt etwa 3,4 Millionen Beschäftigte. Rasant angestiegen ist auch die Zahl der Minijobber. 6,9 Millionen Personen sind geringfügig beschäftigt, davon 4,9 Millionen ausschließlich in Minijobs.

Zusammenfassend kann man sagen, dass all die unsicheren, prekären Formen der Beschäftigung einerseits zweifellos den Arbeitsmarkt flexibilisiert haben, aber andererseits haben sie die Gefahr der Verarmung trotz Arbeit entscheidend verschärft.

Damit muss die Annahme und die Aussage, dass Armut grundsätzlich ausschließlich durch Arbeitslosigkeit bedingt ist, deutlich korrigiert werden.

Nicht nur Armut, sondern erst recht Armut trotz Arbeit ist ein Skandal.

Deshalb sollten die Kirchen und die Wohlfahrtsorganisationen bei dieser Entwicklung ihr Engagement nicht allein nur zur Linderung von Armut und Hilfe bei prekären Lebenslagen begrenzen. Die soziale Ungerechtigkeit hat wirtschaftliche und sozialpolitische Ursachen.

*Siegfried Aulich*, Sozialsekretär  
Dipl. Religionspädagoge FH

Evangelische Landeskirche in Baden  
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
Evang. Arbeitnehmerschaft

# Kirche und Gesellschaft

## **GRÜNDUNGSERKLÄRUNG Zur Bildung einer EUROPÄISCHEN SONNTAGSALLIANZ "Gemeinsam für angemessene Arbeitszeiten"**

### **Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen**

*Jede Arbeitnehmerin und jeder  
Arbeitnehmer hat das Recht auf gesunde,  
sichere und würdige Arbeitsbedingungen.  
Jede Arbeitnehmerin und jeder  
Arbeitnehmer hat das Recht  
Auf eine Begrenzung der  
Höchstarbeitszeit, auf tägliche und  
wöchentliche Ruhezeiten sowie  
Auf bezahlten Jahresurlaub.*

Artikel 31 der Charta der Grundrechte der  
Europäischen Union

Ein arbeitsfreier Sonntag und ange-  
messene Arbeitszeiten sind ein hohes Gut  
für die Bürgerinnen und Bürger in ganz  
Europa. Wir, die Unterzeichner, sind der  
Überzeugung, dass alle Bürgerinnen und  
Bürger der Europäischen Union das Recht  
auf angemessene Arbeitszeit haben, die  
prinzipiell den späten Abend, die Nächte,  
die gesetzlichen Feiertage sowie die  
Sonntage von der Regelarbeitszeit  
ausnehmen. Wir meinen, dass  
Gesetzgebung und Praxis auf EU- wie auf  
mitgliedsstaatlicher Ebene für Gesundheit,  
Sicherheit und Würde eines jeden  
Einzelnen einen besseren Schutz  
gewährleisten und die Vereinbarkeit von  
Berufs- und Familienleben mit mehr  
Aufmerksamkeit fördern muss. Wir  
meinen, dass der soziale Zusammenhalt  
innerhalb der europäischen Bürgerschaft  
verstärkt werden sollte.

### **Arbeitsbedingungen gefährdet**

Empirische Studien belegen, dass nicht  
standardisierte Arbeitszeiten eine DE -  
Synchronisation der sozialen Rhythmen  
verursachen. Dies hat erhebliche negative  
Folgen für die Gesundheit und die  
Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer. Nicht nachhaltige  
Arbeitszeitmuster (unvorhersehbare  
Rufbereitschaften, unterbrochene  
Stunden, Schichtarbeit, unsoziale  
Arbeitszeiten wie Nacht- und

Wochenendarbeit) können zu einer  
Zunahme von Stress und zu Krankheiten  
führen. Dadurch bedingte Abwesenheits-  
zeiten nehmen zu, oft ausgelöst durch das  
starke empfinden eines Kontrollverlustes  
und mangelnden Einflusses auf die eigene  
Arbeit und Lebensweise. Menschen, die  
an Sonntagen oder zu unregelmäßigen  
Zeiten arbeiten, tun dies aus finanzieller  
Notwendigkeit und nicht aus freier Wahl.  
Nicht nachhaltige Arbeitszeitmuster -  
besonders im Zusammenhang mit  
geringfügiger Beschäftigung - sind eine  
wesentliche Quelle für das zunehmende  
Phänomen der "working poor" in Europa.

### **Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Privatleben**

An Sonntagen können Eltern und Kinder  
Zeit miteinander verbringen. Die Schulen  
sind an diesem Tag geschlossen. In der  
EU-Richtlinie über den Jugendschutz ist  
der Sonntag bereits als wöchentlicher  
Ruhetag für Kinder und Jugendliche  
anerkannt. Ebenso machen extensive  
oder unregelmäßige Arbeitszeitregelungen  
es für Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer schwierig bis unmöglich, ein  
richtiges Familienleben zu genießen und  
die Arbeit mit ihren Verpflichtungen  
gegenüber Kindern und anderen  
Angehörigen zu vereinbaren.

### **Sozialer Zusammenhalt**

Arbeitsfreie Sonntage unterstützen  
traditionell die Unabhängigkeit der  
Menschen von einem reinen wirtschaftlich  
geprägten Lebensstil. Sonntage bilden  
den Bezugspunkt für die Zeitgliederung in  
Staat und Gesellschaft. Ungeachtet der  
Notwendigkeit, wesentliche Dienst-  
leistungen von allgemeinem öffentlichen  
Interesse, wie Notdienste, Polizei und  
Gesundheitsdienstleistungen vorzuhalten,  
schafft ein gemeinsamer wöchentlicher  
Ruhetag den notwendigen Rahmen für  
einen kollektiven Zeitrhythmus in allen EU-  
Mitgliedsstaaten. Er dient zur Stärkung  
des sozialen Zusammenhalts in unseren  
Gesellschaften. Nur ein gut geschätzter,  
gemeinsamer arbeitsfreier Tag in der  
Woche ermöglicht den Bürgerinnen und  
Bürgern eine umfassende Teilnahme am  
kulturellen, sportlichen, sozialen und

religiösen Leben. Er ermöglicht ihnen, nach kultureller Bereicherung und geistigem Wohlbefinden zu streben und sich ehrenamtlich um ihn für einen zu engagieren. Ohne diesen Tag, sind alle diese Formen sozialer Interaktion und gemeinsamer Freizeitbeschäftigung gefährdet.

## Resolutionen der Allianz

### *Die europäische Sonntagsallianz*

- unterstützt den Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihr Recht auf eine Begrenzung der Höchstarbeitszeiten und auf einen wöchentlichen Ruhezeit, die grundsätzlich den Sonntag einschließt;
- unterstützt die Achtung der Tarifverträge, die die Arbeiterorganisation regeln, und die wesentlich für den Sozialvertrag einer modernen europäischen Gesellschaft sind;
- warnt vor dem zunehmenden wirtschaftlichen Druck, der momentan nationale Regelungen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen untergräbt;
- verpflichtet sich selbst zum Schutz und zur Förderung des arbeitsfreien Sonntags und angemessene Arbeitszeiten;
- fordert die europäischen Institutionen zum Schutz des Sonntags als prinzipiellem gemeinsamen wöchentlichen Ruhetag in der EU auf;
- fordert die EU auf, besser sicherzustellen, dass EU-Gesetzgebung und Binnenmarktregeln den zentralen Platz von Gesundheit und Sicherheit, der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und des sozialen Zusammenhalts garantieren, in denen einschlägige Initiativen zur Sicherstellung des arbeitsfreien Sonntags und angemessener Arbeitszeiten lanciert werden;
- fordert die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, ihrer Verantwortung zur Anwendung, Durchsetzung und Verbesserung

der bestehenden Rechtslage und Praktikern zur Achtung der Tarifverträge wahrzunehmen.

## Aufforderung zum Zusammenschluss

### *Die europäische Sonntagsallianz*

- fordert die Zivilgesellschaft (Familien, Sportverbände, usw.), nationaler und lokaler Sonntagsallianzen, die Gewerkschaftsbewegungen und sozial verantwortliche Arbeitgeber sowie die Kirchen und religiösen Gemeinschaften auf, sich dieser Allianz anzuschließen und Maßnahmen zur Förderung des Schutzes arbeitsfreier Sonntage und angemessene Arbeitszeiten zu fördern.
- Fordert alle demokratischen politischen Parteien auf, diese Aktion zu unterstützen und die notwendigen Schritte in den demokratischen Institutionen einzuleiten, die dem Schutz arbeitsfreier Sonntage und angemessener Arbeitszeiten dienen.

*European, Sunday, Alliance Brüssel,  
18. Februar 2011*



## Den Armen Recht verschaffen

„Jeder vierte Schüler ohne Frühstück“, das ist ein harter Vorwurf des UN Berichts zur sozialen Lage in Deutschland. Weist er doch darauf hin, dass es angesichts eines 13 %en Anteils von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, an einem umfassenden Armutsbekämpfungsprogramm fehlt.

Von „Unerhört“, „nicht zu treffend“ bis zu „überzogen“ und „nicht gerechtfertigt“ lauten die Reaktionen von deutscher Regierungsseite. Im Gegenzug wird vor allem auf den mustergültig niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit verwiesen und auf das weltweit anerkannt gute Sozialsystem.

Der Bericht moniert außerdem die unzureichenden Teilhabechancen für Migranten und Asylsuchende und den Druck, jedwede geringfügige Arbeit annehmen zu müssen. Die Grundsicherung, so kritisiert die UN, sichere keinen „angemessenen Lebensstandard“.

Was ist dran an diesem Vorwurf? Nachvollziehbar ist, dass man es sich als reiches Wohlstandsland und Prototyp der sozialen Marktwirtschaft sicherlich nicht gerne gefallen lässt vor aller Welt als so armselig dargestellt zu werden.

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt stellt in seinem neuesten Befund unter dem Titel: „Hartz IV Ökonomie“ heraus, dass die Armut im reichen Land Deutschland trotz allerlei Maßnahmen und Wirtschaftsaufschwung angestiegen und unverhältnismäßig hoch geblieben ist. 11,5 Mio. Menschen leben laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Deutschland in Armut. 6,5 Mio. Personen leben 2011 in Hartz IV Haushalten, darunter 1,8 Mio. Kinder unter 15 Jahren.

Etwa 7,7 Mio. Menschen werden von einer minimalen Grundsicherung gerade so gestützt. Der aktuell gültige, in 2011 um fünf Euro erhöhte Regelsatz beläuft sich auf 364 Euro für einen allein stehenden Erwachsenen pro Monat. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände hatten sich mit ihrer Forderung nach einem gutachterlich ermittelten Satz für die Grundsicherung von 433 Euro oder wenigstens 400 Euro nicht durchsetzen können. Damit wird der Mindestbedarf für ein menschenwürdiges Leben („absolute Armut“) gerade nicht

abgedeckt. Zudem müssen jene, die Grundsicherung erhalten, weiterhin als „armutsgefährdet“ eingestuft werden. Die staatliche Existenzsicherung „fixiert Armut, statt sie überwinden“.

Das ist in der Tat ein Skandal und es ist gut, dass die UN hier den Finger in die Wunde gelegt hat.

Armutsbekämpfung wird seit der Agenda 2010 nicht mehr als eine prioritäre Aufgabe des Staates begriffen. Vielmehr wird die Verantwortung in die Hand der Betroffenen und der Zivilgesellschaft gelegt. Dank eines hohen Engagements kirchlich-diakonischer Organisationen, Verbände und Tausender von Ehrenamtlichen wurde eine „Art von Pannendienst“ eingerichtet, um somit Armut zu lindern und „das Schlimmste zu verhindern“, betont der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt.

Allerdings wurde damit eine „Parallelwirtschaft“ aufgebaut und nolens volens die Stigmatisierung der abgehängten „Hartzer“ indirekt gefördert. Der gestiegenen Zahl von Bedürftigen, die es in Folge prekärer Beschäftigungsverhältnisse vermehrt auch in der sog. Mittelschicht gibt, wurde über ein breites Service- Angebot Zugänge zu Lebensmittel, Kleidung, Mobilität, Kultur, Weiterbildung und Arbeitsgelegenheiten verschafft. 880 Tafelläden sammeln bei Händlern und Großmärkten Lebensmittel ein. Damit erreichen die Läden mit ihren über 2000 Ausgabestellen bundesweit etwa 1 Million sog. Stammkunden.

Mit bundesweit über die 250 Sozialkaufhäuser hat sich ein spezialisierter Einzelhandel für Arme etabliert, über den Kleidung, Möbel, Haushaltswaren oder Spielzeug angeboten werden. In ca. 60 Umsonstläden werden gebrauchte Waren gratis angeboten. In ca. 800 Suppenküchen erhalten Hungrige warme Mahlzeiten. Etwa 300 Tauschringe sind in Deutschland aktiv, die Menschen ohne Geld die Möglichkeit bieten ihre eigenen Dienstleistungen gegen die von anderen einzutauschen.

Mit dem „Pfandflaschensammeln“ hat sich die besondere Form einer „unternehmerischen“ Selbsthilfe entwickelt.

Ein eigenwilliger Nebeneffekt ist, dass große Lebensmittelunternehmen über die Abgabe abgelaufener Lebensmittel an die Tafelläden ihr ethisches und gesellschaftliches Image aufpolieren, nach dem Motto: Wir tun Gutes für die Armen. Oder sie entwickeln im

Sinne eines win-win Effektes fragwürdige Aktionen, so etwa bei REWE mit dem Aufruf „Kauf eins mehr für die Tafeln“. Auch so kann man den Umsatz steigern.

Die Ursachen des Problems „Armut“, so fasst der KDA das Ergebnis seines Befundes zusammen, wurden jedoch „nicht beseitigt“. Dies stimmt mit dem Ergebnis des UN-Reports überein.

Das Sozialstaatsgebot verlangt eine bessere materielle Existenzsicherung und die Ermöglichung des sozialen Aufstiegs sowie eine Chancengleichheit für alle. Nur so können Menschen aus ihrer gesellschaftlichen Stigmatisierung, Erwerbslosigkeit und einem Dasein als Abgehängte herauskommen.

Regelsatzerhöhung, ein gesetzlicher Mindestlohn, öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und deutlich höhere Investitionen in die Bildungs- und Chancengerechtigkeit sind, so der Fachdienst der evangelischen Kirche, erforderlich.

Angesichts des enormen Ausbaus der Hartz IV Ökonomie, ohne dass dadurch die Armut im reichen Land Deutschland tatsächlich überwunden werden konnte, wie die UN nun bestätigt hat, müssen sich die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände an ihren eigenen Worten messen lassen, dass „auch Reichtum ein Thema“ sein muss und sie ihren „Mund auf tun“ und den Armen „Recht verschaffen“ (Sprüche 31,19) wird“. Einer breiten „Koalition der Willigen“ aus Zivilgesellschaft, Betroffenen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Politik könnte es gelingen, auf ein deutliches „Mehr“ an sozialer Gerechtigkeit zu drängen. Weitere beschämende Peinlichkeiten, wie die Ergebnisse des UN Sozial-Reports, sollte sich das Land und seiner Regierung zukünftig ersparen.

*Jens Junginger*, Reutlingen, bis Aug. 2011  
Wirtschafts- und Sozialpfarrer  
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

## Jahreslosung 2012

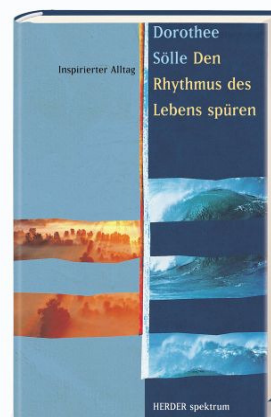
Die Jahreslosung 2012 lädt ein über die Bedeutung von „Schwäche und Kraft“ neu nachzudenken.

**„Jesus Christus spricht: Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig!“  
(2. Korinther 12,9)**

*Dorothee Sölle*, Theologin, ermutigt in ihren Schriften immer wieder Ohnmachtsgefühlen und der Resignation zu widerstehen:

*„Wir dürfen uns nicht von der Ohnmacht überwältigen lassen. `Da kann man nichts machen`, ist ein gottloser Satz. So ist es eben, Hunger hat es immer gegeben, heißt sagen, Gott hat keine Hände. Zu denken, ich als einzelne kann nichts ändern, heißt sich selbst abzuschneiden von der Liebe Gottes. Es ist ja nicht wahr, dass du allein bist. Wir haben alle und an jedem Ort viel mehr Schwestern und Brüder, als wir glauben. Der Glaube an das Evangelium beginnt mit ihrer Entdeckung: Geschwister zu entdecken, die neuen Namen des Reich Gottes durch zu buchstabieren und frei zu werden vom Zwang einer brutalen Menschen und Tier vernichtenden Zeit. Wir legen diese Zeit aus Eisen und Blut, aus Kälte und Gleichgültigkeit in Gottes gute Hände. Hände, die arbeiten an der Befreiung, Hände, die heilen, Hände, die teilen!“*

(D. Sölle, *Den Rhythmus des Lebens spüren*, 2003, 17)



# Ökumene

## Sozialtage in Südbaden 2011

Unter dem Thema: Fair teilen statt sozial spalten, standen die Sozialtage in Südbaden, die vom 13. bis zum 28. November von den Evangelischen und Katholischen Arbeitnehmerverbänden, ean/KAB und der arbeitsweltbezogenen Referaten der beiden Kirchen durchgeführt wurden.

Die ean und der KDA haben in Singen, Lahr, Mühlheim und Kehl Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt.

Im Buß- und Betttagsgottesdienst in Lahr predigte Frau Pfarrerin *Barbara Kuendiger* zum Thema: Was brauchen wir (nicht) zum Leben? Ihre Ausführungen waren sehr interessant und sie machte an vielen Beispielen deutlich, wo wir als Einzelne zu einer anderen Welt beitragen können.

Der Abend ging weiter im Gemeindehaus mit dem Thema : Einüben in die Kunst wesentlich zu leben.

Nach einem einfachen, schmackhaften Suppengericht (von der Ev. Jugend zubereitet) konnte am Tisch mit Spielen kommuniziert werden. Weiter machte ein Kreuz aufmerksam auf die Stationen, die die Besucher erwarteten. Es gab einen Raum zum Thema Wasser, der nicht nur die Wichtigkeit des Wassers als Lebensquelle, sondern auch zum Meditieren einlud. Was ganz Besonderes war eine Jurte im Garten mit Lagerfeuer, die als Erzähl- und Begegnungsraum einlud. Weiter gab es einen Raum, der Produkte aus fairem Handel anbot und den Umgang mit der „einen Welt“, thematisierte. An einer weiteren Station befand sich ein "Reparaturraum", in den Sachen zum Nähen, zum Reparieren, gebracht werden konnten. Seine Wünsche konnte man auf Birkenscheiben brennen, die auf einen Baum, der leider nicht gepflanzt werden konnte ,noch gehängt werden.etc. Also, ein Abend mal ganz anders, nicht über den Kopf, sondern über die Sinne und das Tun.

In Müllheim war *Sven Giegold* , MdEP mit dem Thema: „Armut kennt keine Grenzen – Mit einem sozialen Europa aus der Eurokrise“. Der Referent schilderte die zunehmende Verarmung in Deutschland und machte die Schere zwischen Arm und Reich, deutlich. Die gegenwärtige Finanzkrise wurde intensiv diskutiert. Da wir in Europa miteinander verflochten sind, muss die soziale Verantwortung auf Europäischer Ebene, deutlicher werden.

*Siegfried Aulich*, Karlsruhe

## Fair teilen statt sozial spalten

Unter diesem Thema standen die Sozialtage in Südbaden, die auch in Singen vom 10. bis zum 16. November von den Kirchen und den evangelischen Arbeitnehmern durchgeführt wurden. In Singen stellte man sich die Frage: Kann die Wirtschaft ohne Armut und Umweltzerstörung vorstatten gehen? Herr *Dr. Kessler*, Chefredakteur von Publik-Forum, hat gleich am ersten Abend an einigen Beispielen das Dilemma, das hinter dieser Frage steht, deutlich gemacht: Die Schere zwischen Armen und Reichen geht immer weiter auseinander. Die Belastung und Zerstörung der Natur nimmt immer mehr zu. An fünf Beispielen zeigte er dann, wie man dem entgegenreten kann.

1.) Die Strompreisabgabe in Basel, die zurückbezahlt wird. (Die Einzahlung geht nach Verbrauch, Rückzahlung wird nach Personen und Beschäftigten pro Unternehmen vollzogen).

2.) GLS-Bank Bochum, bei der jeder bestimmen kann, wofür seine Sparguthaben eingesetzt werden.

3.) Die Stadtverwaltung von Neuss berücksichtigt bei allen öffentlichen Ausschreibungen soziale und ökologische Kriterien.

4.) Als die Flachglas Wernberg GmbH verkauft werden sollte und nur wenige der 670 Mitarbeiter übernommen werden sollten, kauften diese durch private Einschränkungen 51 % des Unternehmens nach langem Kampf um Kredite und Bürgschaften.

5.) Die Krankenversicherung Österreichs gewährleistet ein Gesundheitssystem, das mindestens so gut ist wie das deutsche, aber billiger arbeitet, weil alle Bürger in die 20 Krankenkassen einbezahlen (nur 7,5% in Deutschland 15% des Bruttoeinkommens.) Der finanzpolitische Sprecher der SPD im Landtag von Stuttgart, der Singener Abgeordnete *Hans-Peter Storz* erläuterte am 15. November die Ziele der neuen Regierung, soweit sie das Thema der Sozialtage betrafen. Interessant war, dass die jetzige Landesregierung auch die Möglichkeit sieht, die künftigen Ausschreibungen nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Ob und wie weit die SPD von der Agenda 2010 abrückt oder nicht, konnte er nicht beantworten, weil das Angelegenheit der Bundes-SPD ist.

Den Abschluss bildete ein ökumenischer Gottesdienst zum Buß- und Betttag, der sich an

Hand der Geschichte vom reichen Mann und armen Lazarus auch mit dem Riss beschäftigte der durch unser Land geht, wie Frau *Pfarrerin Fink* es nannte. Sie meinte damit die großen Gegensätze: Reichtum und Not, Hunger und Überfluss, Leid und Sorglosigkeit. Die biblische Geschichte wolle nicht mit dem Jenseits vertrösten sondern die Parteinahme Gottes mit den Armen unterstreichen und die Menschen dazu bewegen, es ihm gleich zu machen. Deswegen wurde im Gottesdienst von Mitarbeitern über die Arbeit im Jakobushof mit Nichtsesshaften und von der Singener Tafel berichtet. Sie konnten etwas von der Bewegung aufzeigen, in die Gott Menschen versetzen will. Es wurde deutlich wie vielfältig die Möglichkeiten sind, etwas zu verändern. Sowohl der Gottesdienst als auch der Vortrag von Herrn *Dr. Kessler* waren gut besucht.

*Joachim Schulz*, Singen

### **Abschlussveranstaltung der Südbadischen Sozialtage in Kehl**

Die ökumenische Abschlussveranstaltung in Kehl stand unter der Fragestellung, was ist fair in der Verteilung von Vermögen und Arbeit.

Im Ökumenischen Abschlußgottesdienst, gestaltet von Dekan *Günter Ihle* und Regionaldekan *Georg Schmitt* war die Geschichte vom reichen Kornbauer im Mittelpunkt der Predigt. Immer wieder führe die Gier zu verantwortungslosem Handeln, so Dekan *Ihle*. Doch sollten wir nicht mit Fingern auf andere zeigen, sondern uns bewusst machen, wo der reiche Kornbauer auch in uns selbst ist.

In der anschließenden Veranstaltung im Agnes- Trick- Gemeindesaal schilderte eindrücklich *Dr. Dirk Solte*, Ulm die Wirkungsweise der Wertschöpfung. Er kam in Vertretung von *Prof. Dr. Dr. Radermacher*. Ausgehend vom Naturvermögen über das Kulturvermögen, von der Steinzeit bis heute spannte er Bogen zu der Wertschöpfung und deren Folgen in der jetzigen Krise. Gegenwärtig erwirtschaften nur 400 Millionen Menschen das Gesamtbruttosozialprodukt, davon werden 80% in den OECD-Ländern produziert. Der Reichtum ist fixiert auf eine Minderheit der Welt, die auch das meiste an Ressourcen verbraucht. Stolte machte dies deutlich: Wir verbrauchen 1,5 Planeten im Jahr. Welche Teilhabe ist fair angesichts solcher dramatischen Zustände? Eigentlich müssten wir zurück auf Hartz IV halbe. Doch das wäre sehr drastisch. Die Natur können wir nicht hochfahren, aber die Kultur und die Bildung. Das sind wichtige

Wertschöpfungsfaktoren in Zukunft. Bildung, Kultur und ein anderes Konsumieren werden notwendig, um wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Wir müssen wieder zurück zur Tugend des Maßhaltens, wie *Thomas von Aquin* es vorgab. *Dirk Solte* sieht die Lösung der gegenwärtigen Finanzkrise nicht allein in der Transaktionssteuer, sondern in einer Finanzstabilitätsabgabe bzw. Schwellgeldsteuer von 1%, eine Steuer auf alle Geldgeschäfte, wie Scheinkredite und Spekulationen. Vor allem aber sollte die WTO und die Staatengemeinschaft Regeln und Standards festsetzen, wie man künftig produziert. Wir brauchen eine ökologische, soziale, nach-haltige Wirtschaftsordnung.

*Siegfried Aulich*, Sozialsekretär  
Dipl. Religionspädagoge FH

Evangelische Landeskirche in Baden  
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
Evang. Arbeitnehmerschaft  
Blumenstr. 1-7  
76133 Karlsruhe

Telefon: 0721 9175-364/366  
Telefax: 0721 9175-25364/366



engagiert • alternativ • nachhaltig

## Wir bieten an:

Bitte fordern Sie die Programme bei unserer Geschäftsstelle – ean, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe – Telefon 0721/9175-364, Mail: [annette.klein@ekiba.de](mailto:annette.klein@ekiba.de) – an. Zu unseren Veranstaltungen sind Sie herzlich eingeladen. Unsere Angebote sind offen für alle.

Besondere Veranstaltungen / Tagungen und Seminare	März 2012
<p><b>Januar 2012</b></p> <p><b>14.01.12</b> ean / EOP Tagung in Liebfrauenberg, Goersdorf, bis Elsass</p> <p><b>15.01.12</b> <b>Leben will leben: Zur Ethik von A. Schweitzer</b> Ref.: <i>Roland Wolf</i>, Elsass, <i>Dr. Walther</i>, Mitglied der deutschen A. Schweitzer Stiftung</p> <p><b>27.01.12</b> <b>Familientagung</b> in Liebfrauenberg, Goersdorf, Elsaß</p> <p><b>bis</b> <b>"...und machte sich als dann auf den Weg."</b></p> <p><b>29.01.12</b> <i>Bilder von Aufbrüchen, vom Wachsen, Reifen und Geheilt werden. Lebensthemen aus Märchen und biblischer Überlieferung im Spiel erlebt und reflektiert.</i> Ref.: <i>Volkmar Hahn</i>, Theaterpädagoge, Theologe, Darmstadt</p> <p><b>Februar 2012</b></p> <p><b>17.02.12</b> ean Tagung in Rastatt, St. Bernhard</p> <p><b>bis</b> <b>- Wasser, Kapitalanlage oder Grundrecht -</b></p> <p><b>19.02.12</b> In Kooperation mit ean Kraichtal Ref.: <i>Bernhard Wiesmeier</i>, <i>Brot für die Welt</i>, Stuttgart, Ltg. <i>Siegfried Aulich</i></p>	<p><b>17.03.12</b> <b>Mitarbeitertag in Rastatt</b></p> <p><b>23.03.12</b> ean Kraichtal in Unteröwisheim <b>Frieden und Freiheit – der Umbruch in den Mittelmeerstaaten</b>, Ref.: <i>Prof. Dr. phil. Bernd Thum</i>, KIT, Karlsruhe</p> <p><b>April 2012</b></p> <p><b>19.04.12</b> <b>Ökumen. Treffen der ean, EOP, KAB, ACO in Kehl</b></p> <p><b>Mai 2012</b></p> <p><b>01.05.12</b> <b>1. Mai Kundgebung</b></p> <p><b>19.05.12</b> <b>Treffen der ean Lahr mit der EOP Schweighouse</b>, Besuch ökologischer Landbau Schnebelt, Ichenheim</p> <p><b>Juni 2012</b></p> <p><b>02.06.12</b> <b>22. ean Radtour, Sellin</b></p> <p><b>bis</b> <b>auf der Insel Rügen</b></p> <p><b>09.06.12</b></p> <p><b>Oktober 2012</b></p> <p><b>12.10.12</b> ean Forum</p> <p><b>bis</b> <b>in Bad Herrenalb</b></p> <p><b>14.10.12</b></p>

### Veranstaltungen ean Freiburg!

#### Infos bei:

**Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt/**

**Evangelische Arbeitnehmerschaft e.V.**

Habsburgerstr. 2,

79104 Freiburg

Tel.: 0761 - 708 63-43

Fax: 0761 - 708 63-49

E-Mail: [kda.suedbaden@ekiba.de](mailto:kda.suedbaden@ekiba.de)

#### Für weitere Informationen zur ean-Freiburg:

**Hanna Reiner**

Hermannstr. 13

79098 Freiburg

Tel.: 0761 - 272010

**Anke Guyard**

Wackerstr. 9

79108 Freiburg

Tel.: 0761 - 52850

Die ean- Gruppe Freiburg trifft sich jeden 3. Dienstag im Monat um 18.00 Uhr zu einem „Stammtisch“ in einem Gasthaus in Freiburg. Wer kommen möchte, möge bitte bei *Hanna Reiner* oder *Anke Guyard* telefonisch nachfragen, in welchem Gasthaus der nächste Stammtisch stattfindet. Es besteht die Gelegenheit zum Austausch aktueller Themen, evt. auch mit einem Impulsreferat.

### Veranstaltungen ean Bodensee

Es findet in der Regel monatlich ein Solidaritätsforum statt

ean e.V. Bodensee, *Joachim Schulz* Pfr. i. R., Hirschweg 12, 78476 Allensbach

Tel.. 07533-935349

Fax: 07533-935378/79

*Veranstaltungen bitte aus der Tagespresse entnehmen oder nachfragen!*

### Änderungen vorbehalten!

#### IMPRESSUM

Evang. Arbeitnehmerschaft im Bereich der Evang. Landeskirche in Baden, Blumenstraße 1-7,

76133 Karlsruhe, Telefon: 0721/9175-366/364, Fax: 0721/9175-25-364, Mail: [ean@ekiba.de](mailto:ean@ekiba.de)

Mitarbeiter der Redaktion:

*Siegfried Aulich, Annette Klein, Wilhelm Rojek, Gabriele Vetter*

Für die namentlich gekennzeichneten Berichte sind die Verfasser verantwortlich

#### Nächster Redaktionsschluss: März 2012

Bitte senden Sie ihre Berichte, Vorschläge, Leserbriefe möglichst in Word per Mail oder Fax an

*Annette Klein*, Mail: [annette.klein@ekiba.de](mailto:annette.klein@ekiba.de), [www.ean-baden.de](http://www.ean-baden.de)

